

**Jahresziele und  
Projekte 2021**
**der Bildungs-  
und Kulturdirektion**

<b>Direktion</b>	Personalreglement für die kantonalen Lehrpersonen	>>
	Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule	>>
	Integration von ausländischen Personen	>>
<b>Volksschule</b>	Digitaler Wandel in der Volksschule	>>
	Integrative Förderung und Sonderpädagogik	>>
	Revision von Schulgesetz und Schulverordnung	>>
<b>Berufsbildung</b>	Lehrbetriebsportal	>>
<b>Beratungsdienste</b>	Krisenarbeit und Kinderschutz	>>
	Viamia: Standortbestimmung ü40	>>
<b>Kulturförderung</b>	Rechtliche Grundlagen für die Kulturförderung	>>
	Kunst und Bau	>>
	Leistungsvereinbarung mit dem Theater Uri	>>
<b>Sportförderung</b>	Bildung einer neuen Trägerschaft für die Nachfolgeorganisation ASSA	>>
	Vorbereitung der Winteruniversiade 2021	>>
<b>Staatsarchiv</b>	Erneuerung Staatsarchiv	>>

### Personalreglement für die kantonalen Lehrpersonen

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Herbst 2020 startete das Projekt zur Teilrevision der Personalverordnung und des Personalreglements der Kantons Uri. Ziel des Projekts ist, die Anstellungsbedingungen der kantonalen Angestellten zu überprüfen und Anpassungsvorschläge zuhanden des politischen Prozesses zu erarbeiten. Nicht untersucht und angepasst werden sollen indes das Lohnsystem mit den bestehenden Besoldungstabellen für das Staatspersonal und die Lehrerschaft sowie der Einreihungsplan. Ebenso nicht Bestandteil der Teilrevision ist das Personalreglement für die kantonalen Lehrpersonen. Dieses ist jedoch nicht mehr in allen Teilen zeitgemäss. Darum hat die BKD beschlossen, im Rahmen eines Parallelprojekts das Personalreglement für die kantonalen Lehrpersonen zu revidieren. Ebenfalls in dieses Parallelprojekt eingehen wird das Vorhaben, die Anstellungsbedingungen von Lehrpersonen der Volksschule zu überprüfen und zu optimieren. Dieses Vorhaben ist eines der Ziele im Legislaturprogramm 2020 bis 2024 des Erziehungsrats.

#### **Stand der Arbeit**

Noch nicht begonnen.

#### **Nächste Schritte**

Erarbeitung des Projektauftrags und Bildung der Aufbauorganisation.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Das revidierte Personalreglement für die kantonalen Lehrpersonen liegt zum Beschluss vor.

### Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 3. Juni 2020 hat Landrätin Céline Huber, Altdorf, zusammen mit Bernadette Arnold, Bürglen, Cornelia Gamma, Schattdorf, und Viktor Nager, Schattdorf, eine Parlamentarische Empfehlung zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule eingereicht. Darin ersuchte sie den Regierungsrat, die Stundentafel auf der Sekundarstufe I so anzupassen, dass den im Lernplan 21 auf Sekundarstufe I definierten Lernzielen zur politischen Bildung zeitlich angemessen Rechnung getragen wird. Da es gemäss Artikel 64 des Gesetzes über Schule und Bildung (Schulgesetz; RB 10.1111) in der Kompetenz des Erziehungsrats liegt, die Lehrpläne und Stundentafel für die Volksschule und damit auch für die Sekundarstufe I zu erlassen, lag die Federführung bei der Beantwortung der Parlamentarischen Empfehlung beim Erziehungsrat. Dieser verabschiedete den Entwurf für die Antwort auf die Parlamentarische Empfehlung am 31. März 2021 zuhanden des Regierungsrats. Dieser behandelte die Antwort am 20. April 2021 zuhanden des Landrats, und zwar mit dem Antrag, die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen und sie gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben. Diesem Antrag folgte der Landrat einstimmig in der Session vom 26. Mai 2021.

#### **Stand der Arbeit**

Im Rahmen des Projektauftrags zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule, den der Erziehungsrat erlassen hatte, hat das Amt für Volksschulen Vorarbeiten gemacht zur Erarbeitung

webbasierter didaktischer Aufgabensets für die Sekundarstufe I sowie für Unterrichtsmaterialien für die Primarstufe. Für das Schuljahr 2021/2022 wurden zudem Kurse in das Weiterbildungsprogramm für die Lehrpersonen aufgenommen, die der Sensibilisierung für Themen der politischen Bildung dienen.

### ***Nächste Schritte***

Die Fertigstellung der Unterrichtsmaterialien ist für Beginn des Schuljahrs 2022/2023 geplant. Zudem werden für alle drei Zyklen der Volksschule konkrete Ideen ausgearbeitet, wie die Kinder und Jugendlichen die Unterrichtsinhalte in Bezug auf politische Bildung ausserhalb des Schulzimmers erarbeiten können.

### ***Ziel bis Ende Jahr***

Die Antwort zur Parlamentarischen Empfehlung von Céline Huber, Altdorf, zur Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule, ist vom Landrat behandelt

### Integration von ausländischen Personen

[Zurück zur Übersicht](#)

Seit Anfang 2014 setzen Bund und Kantone gemeinsam die Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) um. Die KIP gewährleisten erstmals, dass schweizweit in allen Kantonen die gleichen Zielsetzungen und Förderbereiche der spezifischen Integrationsförderung zum Tragen kommen. Die KIP wurden zwischen dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und den Kantonen abgeschlossen und werden von Bund, Kantonen und Gemeinden gemeinsam finanziert. Das KIP 2 läuft per Ende 2021 aus. Hernach startet am 1. Januar 2022 die sogenannten KIP2bis-Phase, die zwei Jahre dauert. Das Kantonale Integrationsprogramm 2bis musste dem Bund bis Ende April 2021 eingereicht werden. Zusätzlich zum KIP hatten Bund und Kantone im Jahr 2019 die Integrationsagenda lanciert. Mit der Integrationsagenda wurde die Integrationspauschale, die pro vorläufig Aufgenommenem und anerkanntem Flüchtling vom Bund an die Kantone ausbezahlt wird, erhöht; gleichzeitig wurden konkrete Leistungsziele zur Integration von Flüchtlingen formuliert, die die Kantone zu erreichen haben. Das Konzept zur Umsetzung der Integrationsagenda wurde am 9. April 2019 vom Regierungsrat verabschiedet und im Herbst 2019 vom SEM genehmigt.

#### **Stand der Arbeit**

Nachdem die regierungsrätliche Fachkommission Integration das KIP 2bis erarbeitet hatte, wurde es vom Regierungsrat am 13. April 2021 beschlossen und hernach beim SEM eingereicht.

#### **Nächste Schritte**

Im Herbst 2021 erfolgt die Rückmeldung des SEM zum KIP 2bis. Derweil werden die Massnahmen des KIP 2 und der Integrationsagenda weiterhin umgesetzt. Die wichtigsten Massnahmen sind: Case Management, Ausbau Sprachkursangebot, Job Coaching, Koordinationsstelle soziale Integration sowie vorschulische Sprachförderung in Spielgruppen und Kitas.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Das zweite kantonale Integrationsprogramm 2018 bis 2021 ist in Umsetzung. Bei der Umsetzung wird ein besonderer Fokus auf die Erreichung von Migrantinnen und Migranten aus EU/EFTA- und Drittstaaten gelegt. Das KIP 2bis ist zeitgerecht erarbeitet, vom Regierungsrat behandelt und vom SEM genehmigt. Im Rahmen der Umsetzung der Integrationsagenda wird die interdirektionale und interinstitutionelle Zusammenarbeit weiter intensiviert und konsolidiert.

### Digitaler Wandel in der Volksschule

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit der Digitalisierungsstrategie legt der Regierungsrat die grundsätzliche Richtung fest, die der Kanton Uri in den verschiedenen Bereichen des digitalen Wandels in der näheren Zukunft einschlagen will. Davon ist die Volksschule massgeblich betroffen. Auch der Erziehungsrat ist sich dessen bewusst; entsprechend hat er folgendes Legislaturziel formuliert: «Die Urner Schulen und alle Beteiligten sind gewappnet für den digitalen Wandel (pädagogisch und infrastrukturell) und können die damit verbundenen Chancen nutzen.»

#### **Stand der Arbeit**

Der übergeordnete Projektauftrag, der mit verschiedenen Teilprojekten den Rahmen für die entsprechende Weiterentwicklung in den kommenden Jahren definieren soll, ist beschlossen und befindet sich in Umsetzung. Die überarbeiteten ICT-Richtlinien befinden sich in der Vernehmlassung.

#### **Nächste Schritte**

Die überarbeiteten ICT-Richtlinien werden unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse beschlossen. Darüber hinaus müssen die erforderlichen Ressourcen und das pädagogische Know-how sichergestellt werden.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Der Erziehungsrat hat die ICT-Richtlinien überarbeitet und die erforderlichen Beschlüsse gefällt, damit ab dem Schuljahr 2022/2023 das 1-to1-Computing ab der 5. Primarklasse eingeführt werden kann.

### Integrative Förderung und Sonderpädagogik

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Umgang mit Heterogenität ist eine der grössten Herausforderungen der heutigen Gesellschaft und damit auch der Volksschule. Vor zehn bis fünfzehn Jahren war es die Integrative Förderung (IF), die einen Schul- und Unterrichtsentwicklungsprozess ausgelöst hatte. Etwas später kam die Integrative Sonderschulung in der Regelklasse (IS) hinzu. Die entsprechenden Rechtsgrundlagen sowie Konzepte und Formulare wurden laufend optimiert und der aktuellen Situation angepasst. Obschon die Konzepte in der Zwischenzeit in der Praxis erprobt sind und die Integration grossmehrheitlich gut funktioniert, ist es an der Zeit, die Umsetzung genauer zu betrachten. Aus diesem Grund hat der Erziehungsrat im Jahr 2020 die Fokusevaluation «Integrative Förderung und Sonderpädagogik» durchführen lassen.

#### **Stand der Arbeit**

Das Integrationsnetzwerk hat seine Arbeit aufgenommen. Die einzelnen Massnahmen sind in Erarbeitung.

### **Nächste Schritte**

Die Massnahmen werden mit den Beteiligten besprochen; anschliessend werden die entsprechenden Anträge für die Umsetzung erstellt.

### **Ziel bis Ende Jahr**

Aufgrund der Ergebnisse der Fokusevaluation «Integrative Förderung und Sonderpädagogik» sind mögliche Massnahmen definiert und allenfalls schon umgesetzt.

## **Revision von Schulgesetz und Schulverordnung**

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Gesetz über Schule und Bildung vom 2. März 1997 und die dazugehörige Verordnung zum Schulgesetz vom 22. April 1998 bilden die Grundlage für die Volksschule im Kanton Uri. In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die Volksschule weiterentwickelt und die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Dies macht eine Revision von Schulgesetz und Schulverordnung nötig. Aus diesem Grund hat die Geschäftsleitung der BKD am 8. April 2019 den Projektauftrag «Revision von Schulgesetz und Schulverordnung» beschlossen. Die im Rahmen der Projektorganisation vorgesehene Projektgruppe wurde von der BKD am 28. Mai 2019 gewählt.

### **Stand der Arbeit**

In der ersten Phase der Projektarbeit ging es darum, den Revisionsbedarf zu erheben und die einzelnen Revisionsbereiche zu bestimmen. Hernach erarbeitete die Projektgruppe das revidierte Schulgesetz und den Entwurf zum Bericht für die Vernehmlassung.

### **Nächste Schritte**

Mitte August 2021 werden Erziehungsrat und Geschäftsleitung der BKD das revidierte Gesetz und den Entwurf zum Bericht für die Vernehmlassung behandeln. Danach kann die Vorlage dem Regierungsrat zur Freigabe für die Vernehmlassung beantragt werden. Die Vernehmlassung würde sodann in den Herbst 2021 fallen.

### **Ziel bis Ende Jahr**

Das revidierte Gesetz über Schule und Bildung ist bereit zur Behandlung im Landrat.

## Berufsbildung

---

### Lehrbetriebsportal

[Zurück zur Übersicht](#)

In Zusammenarbeit mit anderen Kantonen wird ein Lehrbetriebsportal zur papierlosen Übermittlung von Daten und Informationen vorbereitet. Dies steht auch in Zusammenhang mit der Digitalisierungsstrategie des Kantons Uri.

### **Stand der Arbeit**

Die Entwicklungsarbeiten sind im Gang.

### **Nächste Schritte**

Das Amt für Berufsbildung arbeitet in der interkantonalen Zusammenarbeit aktiv an der Entwicklung eines benutzerfreundlichen Lehrbetriebsportals mit.

### **Ziel bis Ende Jahr**

Die für den Kanton Uri für das Jahr 2021 vorgesehenen Arbeiten sind im Rahmen der Digitalisierungsstrategie umgesetzt.

## Beratungsdienste

---

### Krisenarbeit und Kinderschutz

Zurück zur Übersicht

Es ist ein dringliches Anliegen des Schulpsychologischen Dienstes respektive der Fachstelle Kinderschutz und der kantonalen Gewaltpräventionsgruppe, das verbindliche kantonale Krisenkonzept um das Kapitel «Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung – Leitfaden für schulische Fachpersonen» zu ergänzen.

#### **Stand der Arbeit**

Der Leitfaden Kinderschutz wurde erstellt, und zwar in Abstimmung mit den verantwortlichen Vertretern aus Schule, BKD und Zivil- und Strafrecht. Die Arbeit erfolgte im Rahmen einer Praxisforschungsarbeit für den MAS Schulpsychologie der Universität Zürich. Nach erfolgter Vernehmlassung bei den Direktinvolvierten wurde die Endversion des Leitfadens als Ergänzung zum aktuellen kantonalen Krisenkonzept publiziert. Die Ergänzung um das Kapitel «Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung - Leitfaden für schulische Fachpersonen» ist in Kraft getreten wurde im Verein der Schulleitenden implementiert.

#### **Nächste Schritte**

Weitere Veranstaltungen zur Implementierung des Leitfadens bei den Schulischen Fachpersonen finden auf Anfrage der Schulen statt.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Der SPD unterstützt die Schulen in der Einführung und Anwendung.

### Viamia: Berufliche Standortbestimmung und Beratung für Personen über 40

Zurück zur Übersicht

Wo stehe ich beruflich? Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt? Was bedeuten diese Veränderungen für meine berufliche Entwicklung? Diese und weitere Fragen beschäftigen in der aktuellen Corona-Situation insbesondere ältere Berufstätige. Schon im Mai 2019 hatte der Bundesrat verschiedene Massnahmen beschlossen, um die Berufschancen älterer Arbeitskräfte zu erhöhen. Er beauftragte das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), gemeinsam mit den Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsstellen (BSLB) der Kantone ein kostenloses Angebot für die berufliche Standortbestimmung und Laufbahnberatung von Arbeitnehmenden über 40 zu schaffen. Dieses ambitionierte Ziel konnte erreicht werden, und seit Anfang Jahr bieten elf Kantone im Sinn eines Pilots diese neuartige Standortbestimmung mit Namen viamia an (weitere Informationen dazu: [www.viamia.ch](http://www.viamia.ch)).

#### **Stand der Arbeit**

Aufgrund der Erkenntnisse aus den Pilotkantonen konnten die zu erwartenden Beratungszahlen eruiert werden. Die notwendigen Ressourcen können in Uri mit dem bestehenden Team der Berufsberatung abgedeckt werden.



***Nächste Schritte***

Anlässlich einer Standortbestimmung werden die Innerschweizer Kantone über den Pilotversuch informiert, und sie klären, ob jeder Kanton ein unabhängiges Konzept viamia erstellen wird oder ob die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit und Nutzung von Synergien besteht.

***Ziel bis Ende Jahr***

Das Konzept für viamia Uri ist erstellt, Ressourcen sind bereitgestellt und Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Ab 2022 bietet die BSLB diese berufliche Standortbestimmung für Klientinnen und Klienten über 40 an.

## Kulturförderung

---

### Rechtliche Grundlagen für die Kulturförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Kanton Uri fehlt eine rechtliche Grundlage für die Förderung der Kultur. Der Regierungsrat hat diese Lücke erkannt und in die Gesetzgebungsvorhaben des Regierungsprogramms 2016 bis 2020 die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die Förderung der Kultur aufgenommen. Zusätzlich überwies der Landrat am 18. April 2018 teilweise eine Motion von Landrat Michael Arnold, Altdorf. Diese verlangt vom Regierungsrat, eine rechtliche Grundlage für die allgemeine Kunst- und Kulturförderung zu schaffen.

#### **Stand der Arbeit**

Der Landrat hat das Gesetz zur Förderung der Kultur im Kanton Uri (Kulturförderungsgesetz) in der März-Session einstimmig gutgeheissen und zuhanden zur Volksabstimmung verabschiedet.

#### **Nächste Schritte**

Das Urner Volk stimmt am 26. September 2021 über das Kulturförderungsgesetz ab.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Das Kulturförderungsgesetz ist vom Landrat behandelt und vom Volk beschlossen.

### Verordnung Kunst und Bau

[Zurück zur Übersicht](#)

Für den Kanton Uri fehlt derzeit eine verbindliche Grundlage für Beiträge zugunsten von Kunst und Bau bei kantonalen Bauprojekten. Im Rahmen der Motion Michael Arnold zur Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Kulturförderung wurde die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Kunst und Bau gefordert. Der Landrat lehnte die Motion im Punkt Kunst und Bau zwar ab, forderte jedoch eine vertiefte Analyse, wie eine verbindlichere Regelung geschaffen werden könnte. Daraufhin setzte sich die BKD zum Ziel, mit einem kantonalen Reglement bei Kunst und Bau mehr Klarheit zu schaffen.

#### **Stand der Arbeit**

Der Landrat hat im Rahmen der Beratung zum Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton Uri (Kulturförderungsgesetz) einen Artikel zu Kunst und Bau ins Gesetz aufgenommen. Darin wird festgehalten, dass der Landrat im Rahmen einer Verordnung die Beiträge zu Kunst und Bau regelt. Entsprechend wird nun statt eines Reglements eine Verordnung erarbeitet.

#### **Nächste Schritte**

Stimmt das Urner Volk dem Kulturförderungsgesetz zu, wird im Herbst 2021 die Verordnung zu Kunst und Bau finalisiert und zur Vernehmlassung freigegeben.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Die Verordnung zu Kunst und Bau ist zur Vernehmlassung bereit.

## Leistungsvereinbarung mit dem Theater Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Kanton Uri unterstützt den Betriebsverein Forum Theater Uri aufgrund einer Leistungsvereinbarung mit einem jährlichen Betriebsbeitrag von CHF 220'000. Der Landrat hat im Jahr 2017 einen entsprechenden Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 880'000 bewilligt. Die Leistungsvereinbarung und der Betriebsbeitrag sind bis 2021 befristet. Um das Theater Uri weiterhin zu unterstützen, sollen die Leistungsvereinbarung und der Betriebsbeitrag um vier Jahre verlängert werden.

### ***Stand der Arbeit***

Der Antrag zur Verlängerung der Leistungsvereinbarung und des Betriebsbeitrags ist zuhanden des Regierungsrats vorbereitet.

### ***Nächste Schritte***

Der Regierungsrat behandelt den Antrag im August und überweist diesen zur Beschlussfassung an den Landrat.

### ***Ziel bis Ende Jahr***

Die Leistungsvereinbarung mit dem Theater Uri ist verlängert und der Finanzbeitrag des Kantons gesichert.

## Sportförderung

---

### Bildung einer neuen Trägerschaft für die Nachfolgeorganisation ASSA

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Verbund mit den Gemeinden Andermatt, Hospental und Realp sowie der Korporation Ursern und der Andermatt Urserntal Tourismus GmbH hat der Regierungsrat das Projekt «Sportzentrum Ursern» lanciert. Ziel des Projekts ist es, eine neue Trägerschaft zu bilden, die eigenständig den Betrieb des vormaligen Armeesport-Stützpunkts Andermatt (ASSA) weiterführen kann. Zurzeit wird dieser Betrieb vom Bundesamt für Sport (BASPO) geführt. Bis zur definitiven Übergabe der Aufgaben und Infrastrukturen des BASPO und der armasuisse an die neue Trägerschaft wird das BASPO die bisherigen Arbeiten mit seinen Angestellten im gewohnten Rahmen fortführen. Die Organisation (Steuergruppe und Projektgruppe) des Projekts «Sportzentrum Ursern» steht unter Leitung von Regierungsrat Beat Jörg. Extern begleitet wird das Projekt vom Institut für Tourismuswirtschaft der Hochschule Luzern.

#### **Stand der Arbeit**

Anfang Juli 2021 hat der Bundesrat die Durchführung der Internationalen Wintermilitärweltmeisterschaften CISM im März 2025 in den Raum Zentralschweiz und Goms vergeben, nachdem das Internationale Gremium die Kandidatur Schweiz im Juni 2021 auserkoren hatte. Damit ist sichergestellt, dass die Dienstleistungen des Bundes in der Sportförderung im bisherigen Rahmen bis in das Jahr 2025 im Urserental aufrechterhalten werden. Die Stadt Luzern soll dabei (analog zur Winteruniversiade 2021) als Host City figurieren; im Urserental und im Goms sollen sämtliche nordischen Disziplinen vom 23. bis 30. März 2025 durchgeführt werden. Parallel dazu fokussiert das Projekt «Sportzentrum Ursern» darauf, das Angebot im Urserental insbesondere für Vereine und Schulen zu optimieren. Zu diesem Zweck hat die Hochschule Luzern im Juni 2021 einen Workshop mit den relevanten Akteuren in den Bereichen Tourismus, Schulsportlager und J+S-Kaderbildung durchgeführt.

#### **Nächste Schritte**

Bis im Herbst 2021 werden die im Workshop erteilten Aufträge und Abklärungen getätigt. Daraus sollen konkrete Massnahmen entstehen, die vorab auf die Schaffung von geeigneten Unterkunftsmöglichkeiten für Vereine und Schulen sowie auf die Optimierung der Wertschöpfungskette zielen.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Das Projekt für den Aufbau einer Trägerschaft als Nachfolgerin des Armeesport-Stützpunkts in Andermatt wird federführend vorangetrieben. Die Voraussetzungen zur Gründung einer Trägerschaft sind geschaffen.

### Vorbereitung der Winteruniversiade 2021

[Zurück zur Übersicht](#)

Im August 2021 soll definitiv entschieden werden, ob die Winteruniversiade Zentralschweiz 2021 wegen der Corona-Pandemie durchgeführt werden kann. Unabhängig von dieser Entscheidung haben sämtliche sieben Lokalen Organisationskomitees und die Geschäftsstelle in Luzern seit dem Monat Mai ihre Strukturen wieder hochgefahren und die Vorbereitungsarbeiten weitergeführt.

Die Vorarbeiten in Andermatt-Realp sind weit fortgeschritten und die Finalisierung der noch anstehenden Aufträge und Aufgaben wurde an die Hand genommen. Im September 2021 soll anlässlich des Besuchs der internationalen FISU-Delegierten das ganze Wettkampfszenario samt Umfeld in Realp analysiert und auf seine internationale Tauglichkeit geprüft werden. Als Teil des Rahmenprogramms in den sieben Austragungsorten der Wettkämpfe haben Schulklassen die Möglichkeit, Wettkämpfe zu besuchen und an einem Anlass in der Host City Luzern teilzunehmen.

### ***Stand der Arbeit***

Das Lokale Organisationskomitee (LOK) Andermatt-Realp steht trotz der Verschiebung praktisch unverändert im Einsatz. Im Wochentakt finden Absprachen und Ortstermine mit Fachspezialisten und Zulieferern im Bereich Technik und Logistik statt. Die Helferrekutierung läuft gut.

### ***Nächste Schritte***

Letzte Arbeiten an den Loipen in Realp werden ausgeführt. Absprachen mit den verschiedenen Akteuren werden durchgeführt, Detailplanungen angepasst oder verfeinert. Die Überprüfung der FISU-Delegation im September 2021 schafft Klarheit über die bisher geleisteten Arbeiten. Zu Beginn des neuen Schuljahrs werden die Urner Schulen mit einem Informationsschreiben zu den Besuchsmöglichkeiten an einem Wettkampftag (in Realp) bedient.

### ***Ziel bis Ende Jahr***

Die Winteruniversiade 2021 mit dem Standort Andermatt-Realp ist als würdevoller und sportlich hochstehender Anlass vom 11. bis 21. Dezember 2021 durchgeführt.

### Erneuerung Staatsarchiv

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat hat in der Sitzung vom 18. Mai 2020 dem Kredit für die Erneuerung und Erweiterung der Infrastruktur des Staatsarchivs und der Kantonsbibliothek Uri an der Bahnhofstrasse 11 und 13 in Altdorf zugestimmt (mit Kosten von CHF 4,098 Millionen). Das Projekt beinhaltet die Schaffung eines zusätzlichen Kulturgüterschutzraums und wird den Magazinbedarf der beiden Institutionen für die kommenden 20 bis 25 Jahre decken. Die Freihandbibliothek wird rundum erneuert und wesentlich vergrössert. Die Aufenthaltsqualität für die Kundinnen und Kunden beider Institutionen wird mit der Schaffung von komfortablen Sitzgelegenheiten und der Erneuerung des Lesecafés verbessert. Zusätzlich entstehen ein Veranstaltungsraum, ein Gruppenraum im Lesesaal und ein Multifunktionsraum, der als Arbeitsraum für Kundinnen und Kunden, für die Archiv- und Bibliothekspädagogik sowie intern für Schulungen und Teambesprechungen genutzt werden kann. Schliesslich entstehen zusätzliche Büroräume, mit denen die Arbeitssituation des Personals verbessert sowie der Publikums- und der interne Bereich zum Vorteil aller entflechtet werden kann.

#### **Stand der Arbeit**

Die Bauarbeiten sind seit Anfang November 2020 im Gang. Die dritte und letzte Bauphase konnte Anfang Juli 2021 starten. Sie umfasst die Erneuerung der Freihandbibliothek der Kantonsbibliothek sowie den Ausbau des neuen Magazins im Gebäude Bahnhofstrasse 11.

#### **Nächste Schritte**

Seit dem 20. Juli 2021 steht der neue Lesesaal für zur Verfügung und kann während den Öffnungszeiten benutzt werden. Bis Ende September werden die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen sein, falls alle benötigten Baumaterialien und die neue Möblierung termingerecht geliefert werden können.

#### **Ziel bis Ende Jahr**

Das Staatsarchiv hat die erneuerten Büro- und Magazinräume bezogen und die Dienstleistungsprozesse für Behörden und Verwaltung optimiert.

